

Friedliche Beziehungen im Interesse aller Völker

Aggressive Kreise in den USA, der BRD und anderen NATO-Staaten lassen nichts unversucht, um den unter großen Anstrengungen vor allem in den 70er Jahren erzielten positiven Wandlungen in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entgegenzuwirken, den politischen Dialog zu blockieren und Schritte der militärischen Entspannung und der Abrüstung zu verhindern. Entgegen ihren eigenen Verpflichtungen in der Schlußakte der Konferenz von Helsinki, ungeachtet der konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung forcieren diese Kräfte den Hochrüstungskurs und spitzen die internationale Lage zu. Gefährlichkeit und Abenteuerlichkeit einer solchen Politik dokumentieren sich im NATO-Langzeitprogramm, speziell im

Brüsseler Raketenbeschluß, ebenso wie in der „neuen Nuklear Strategie“ Washingtons, die den Völkern die Neutronenbombe anpreist und die Führbarkeit eines „begrenzten“ Kernwaffenkrieges zu suggerieren versucht. Diesen auf die Realisierung hoher Profite und Weltmachtambitionen abzielenden Interessen der rechten Kräfte der USA und ihrer NATO-Partner stehen die lebenswichtigen Erfordernisse der Völker, stehen deren Sehnsucht nach Frieden und sozialem Fortschritt gegenüber. Durch Protestaktionen, die wahren Massencharakter annehmen, manifestieren die Völker in Westeuropa und in den USA ihre ablehnende Haltung gegenüber der NATO-Hochrüstungspolitik. Aber auch unter den realistischen denkenden westlichen Politikern werden immer öfter Stimmen laut, die auf die Gefahren einer weiteren Aufrüstung verweisen.

Keine Alternative zur friedlichen Koexistenz

Die Eskalation von Drohung, Gewalt und Abenteuerlichkeit in der Politik der USA und ihrer NATO-Komplicen läßt deutlicher denn je erkennen, daß es zur friedlichen Koexistenz keine vernünftige Alternative gibt. Im Programm der SED wird hervorgehoben: „Die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz schränkt den Spielraum der aggressiven Kräfte des Imperialismus ein. Sie

schafft günstige äußere Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, für den Kampf um internationale Sicherheit und Abrüstung, für die Entfaltung des Kampfes aller revolutionären und friedliebenden Kräfte um Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt.“¹ Diese Politik der friedlichen Koexistenz ist und bleibt Grundprinzip sozialistischer

Außenpolitik. Damit ist das beharrliche Wirken der sozialistischen Länder für die Sicherung des Friedens, für die Einstellung des Wettrüstens untrennbar mit den Lebensinteressen aller Völker verbunden.

Der Ausbau gleichberechtigter, auf gegenseitigen Vorteil gerichteter Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten resultiert nicht aus dem Wunschdenken der einen oder anderen. Er ergibt sich notwendig aus den objektiven Bedürfnissen der Völker, vor allem aus dem grundlegenden Menschenrecht, in Frieden zu leben, aus der historisch gewachsenen gegenseitigen Verketzung der Wirtschaftsstrukturen, aus der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung, aus der territorial bedingten gemeinsamen Verantwortung für eine gesunde Umwelt und nicht zuletzt aus der Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Menschheit. Die friedliche Koexistenz verwirklicht sich im Leben der Völker natürlich in praktischen Handlungen. Sie betreffen die wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Sie sollen und müssen heute vor allem der Abrüstung dienen. Insgesamt sind sie auf die Lebensinteressen der Völker, auf die Materialisierung des Entspannungsprozesses gerichtet. Es geht in jedem Fall um die „Intensivierung der Kontakte und um Vereinbarungen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit im Interesse des Friedens und zum gegenseitig-